

1993 – 2013

Wir sind 20 Jahre jung!

1993 – 2013

Liebe Mitglieder,

nach unserer Vorstandswahl vom 12. März 2013 hat der Vorstand am 23.04.2013 Frank Sieber einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Wir gratulieren unserem alten und neuen Vorsitzenden und wünschen ihm alles Gute, vor allem viel Gesundheit.

Zur Zeit läuft die Vorbereitung unserer festlichen Jubiläumsfeier anlässlich des 20-jährigen Bestehens unseres Vereins auf Hochtouren.

Wir wollen uns erinnern, nach vorn schauen und vor allem dieses Jubiläum gemeinsam feiern.

Tag: Freitag, der 21.06.2013

Zeit: 17:30 Uhr

Ort: Kulturort Schloß Krölpa, Raniser Str. 17, Krölpa

Wir hoffen, daß inzwischen alle Mitglieder ihre Einladung erhalten haben.

In den Aktivitäten unseres Vereins spiegelt sich unser kontinuierliches Engagement gegen ungerechte Zwangsbeiträge wider.

Am 10. April dieses Jahres mußten wir allerdings einen Rückschlag hinnehmen. Das Volksbegehren "Für gerechte und bezahlbare Kommunalabgaben" ist gescheitert.

Das Urteil des Verfassungsgerichts wird u.a. damit begründet daß der Gesetzentwurf den Abgabenvorbehalt aus Art. 82 Abs. 2 Thüringer Verfassung (ThürVerf) verletze.

Da es aber bei jedem Volksbegehren im Prinzip ums Geld geht, sind faktisch Volksbegehren kaum noch möglich.

Wem nützt das? Natürlich denjenigen, die den Rechtsrahmen für beinahe beliebige Diätenerhöhungen und Parteienfinanzierung geschaffen haben, die sich offenbar völlig legal von externer Kompetenz auf Kosten des Steuerzahlers gegen ihr Volk vertreten lassen. Sie sind natürlich nicht an Änderungen interessiert.

Gespart wird immer bei den Schwächsten.

Gesetze sind das Ergebnis politischer Auseinandersetzungen, die gerade jetzt vor Wahlen besonders wortstark geführt werden. Nehmen wir die Kandidaten beim Wort, prüfen wir ihr Verhalten bei Abstimmungen, die Übereinstimmung von alten und neuen Wahlversprechen mit ihren Taten in der zu ende gehenden Wahlperiode; jetzt haben wir wieder genügend Gelegenheit dazu.

Unser Kampf geht weiter.

In der Ostthüringer Zeitung vom 12.04.13 findet sich ein überraschend sachlicher Artikel mit dem Titel "Bürgerinitiativen wollen weiter kämpfen" mit Stellungnahmen von Unterstützern des Volksbegehrens zum Urteil des Thüringer Verfassungsgerichts, auch von unserem Vorstandsvorsitzenden Frank Sieber.

Da wir sonst eine andere Berichterstattung gewöhnt sind, gewinnt man den Eindruck, daß aufgrund sinkender Leserzahlen gelegentlich ein Umdenken stattfindet.

Dieser gute Eindruck wird schnell wieder durch den nebenstehenden Kommentar "Schwarze Fahne reicht nicht" des gleichen Autors relativiert.

Fast fünf Jahre nach Beendigung des grundhaften Ausbaus der August-Bebel-Str. in Neustadt an der Orla veröffentlicht er sein damals anlässlich der, wie er meint, "Feierlichen Verkehrsfreigabe" geschossenes Foto, auf dem im Hintergrund schwarze Fahnen als Protest gegen Enteignung durch Straßenausbaubeiträge zu sehen sind, mit der Aussage, daß die Landesregierung die Städte und Gemeinden zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zwingt und diese diesen lokalen Protest mit schwarzen Fahnen nicht registriert hätte. Der Kommentator meint, nicht der Bürgermeister sondern die Landesregierung wäre die richtige Adresse für den Protest.

Es ist dem Kommentator allerdings gelungen, vor den schwarzen Fahnen fast die gesamte Festgesellschaft zur "Feierlichen Verkehrsfreigabe" der August-Bebel-Str. im Jahr 2008 auf genau diesem Foto festzuhalten.

Man erkennt den verantwortlichen Bürgermeister mit abhängig Beschäftigten und Auftragnehmern.

Es fehlen die, die bezahlen mußten, deren Anwesenheit offenbar nicht erwünscht war, deren Protest vor Ort, im Stadtrat und, sehr geehrter Herr Kommentator, vor dem Landtag in der lokalen Hofberichterstattung fast nicht vor kam.

Also vielen Dank für den „Ratschlag“, aber der Protest der Vereine und Bürgerinitiativen war und ist richtig adressiert, was nicht zuletzt im angestrebten Volksbegehren gipfelte.

Lokale Aktionen sollen Aufmerksamkeit vor Ort erregen, man sollte sie nicht überbewerten, aber deren Wirkung auch nicht unterschätzen.

Nun zum Zwang der Landesregierung. Egal, wie man zu dem geltenden Kommunalabgabenrecht steht; die Landesregierung verlangt von keinem kommunalen Verantwortlichen, die Grundstückseigentümer über das notwendige Maß des Kommunalabgabenrechts hinaus zu belasten.

1993 – 2013

Wir sind 20 Jahre jung!

1993 – 2013

Aber so mancher Interessenskonflikt von Bürgermeistern zwischen ihrer Amtsführung und diesem oder jenem Vorstandsposten und Intransparenz gegenüber den Zwangsbeitragszahlern erhärten den Verdacht, daß den Zwangsbeitragszahlern oft mehr als das Notwendige abverlangt wird. Auch der Bürgermeister hat den Protest verdient. Mancher Kommunalpolitiker behauptet, daß Änderungen nur durch Landesregierung und Landtag bewirkt werden können, von unten wäre keine Einflußnahme möglich. Wenn das stimmt, benötigen wir keine Volksvertreter mehr, sondern nur noch Vollstreckungsbeamte.

Jeder gewählte Volksvertreter ist für seine Rolle in der Gesellschaft selbst verantwortlich. Allerdings, wenn Machtstreben, Einfluß und persönliches Einkommen einzigste Entscheidungsgrundlage sind, führt es z.B. dazu, daß die gleiche Partei in einem Bundesland an Zwangsbeiträgen festhält und sie in einem anderen Bundesland abschafft.

Zum Glück gibt es in Thüringen und Deutschland auch Kommunalpolitiker, wie z.B. im nordbayerischen Rednitzhembach, die diejenigen, die bezahlen müssen nicht überfordern wollen und sich beispielhaft für eine gerechte und sparsame Verwendung privater und öffentlicher Mittel einsetzen.

Die Feststellung des Kommentators, daß viele Grundstückseigentümer auch 22 Jahre nach der Wiedervereinigung nicht wissen, was Straßenausbaubeiträge sind, ist richtig.

Schön wäre es, wenn wir aus dieser Erkenntnis ein Angebot ableiten könnten, daß die Presse ein Podium zur Sachinformation und zum unzensurierten Austausch der Beteiligten anbietet. Wirksame öffentliche Information und Kontrolle funktioniert nur mit freien unabhängigen Medien und mutigen Journalisten.

Mit freundlichen Grüßen

Karl-Heinz Stolze
stellv. Vorstandsvorsitzender HWG Saale-Orla

Haus-, Wohnungs- u. Grundstückseigentümergeverein Saale-Orla e.V.

Pößnecker Str. 30
07389 Ranis

www.hwg-saale-oria.de

mail: info@hwg-saale-oria.de

Tel.: 03647-423791

Sprechstunde jeden 2. Dienstag im Monat 17.00 – 18.00 Uhr im kleinen Sitzungssaal Rathaus Pößneck